

# Editorial

**Martin Winter**  
Wittenberg

„Reform des Studiensystems, Analysen zum Bologna-Prozess“ – so heißt der vorliegende Themenschwerpunkt. Titel und Untertitel benennen auch die Bandbreite der Beiträge: Zum einen steht der Bologna-Prozess als politischer Vorgang zur Harmonisierung der Studien-

strukturen in Europa im Fokus der Analysen. Das Feld der europäischen Hochschulpolitik und die – in ihrer Effektivität doch recht erstaunlichen – politischen Prozesse inklusive ihrer Folgen auf nationaler Ebene werden genauer unter die Lupe genommen. Ins Zentrum rücken hierbei die Zusammenkünfte der europäischen Bildungsminister, die seit der ersten Konferenz in Bologna (1999) alle zwei Jahre stattfanden. Von Treffen zu Treffen nahm erstens die Anzahl der beteiligten Nationen zu. Zweitens wurden mit der Zeit auch immer stärker nicht-ministerielle Einrichtungen hinzugezogen; besonders auffällig ist hier die Karriere der europäischen Verbände und Einrichtungen ENQA, ESU, EUA und EURASHE<sup>1</sup>. Die Ergebnisse dieser Konferenzen wurden jeweils in Kommuniqués festgehalten. In diesen Erklärungen versicherten sich die Staaten immer wieder gegenseitig, ihre Studienstrukturen angleichen zu wollen. Darüber hinaus setzten sie in den Kommuniqués zusätzliche thematische Schwerpunkte, wie die Qualitätssicherung von Studium und Lehre, die Beteiligung der Studierenden, die Definition von Qualifikationsrahmen oder die Strukturen der Doktorandenausbildung.

*Thomas Walter* ordnet in seinem Beitrag den mittlerweile nun fast seit zehn Jahren laufenden Bologna-Prozess in die Geschichte der europäischen Bildungspolitik ein. Im Kern geht es hierbei um die Frage, ob der

---

<sup>1</sup> European Association for Quality Assurance in Higher Education (ENQA), Europeans Students' Union (ESU, vorher: European Student Information Bureau, ESIB), European University Association (EUA), European Association of Institutions in Higher Education (EURASHE). Mehr dazu im Beitrag von Alexander Nagel.

Prozess eine neue Qualität in der europäischen Zusammenarbeit auf dem Sektor Hochschulbildung darstellt oder ob er nicht doch in eine gewisse, Jahrzehnte währende Kontinuität einzuordnen ist. Auf der einen Seite sind europäische Bemühungen zu einer Kooperation und Koordination in der Bildungspolitik nichts Neues. Nicht nur im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft bzw. Union, sondern auch der OECD, des Europarats und der UNESCO wurde dergleichen immer wieder versucht. Neu ist hingegen, dass der Bologna-Prozess außerhalb dieser Institutionen initiiert wurde und auch trotz deren (nachträglicher) Einbindung eine gewisse Eigenständigkeit bewahrt hat.

Dass die europäische Studienstrukturreform zumindest mit einer bemerkenswerten Auftaktveranstaltung mit weitreichenden Folgen begann, beschreibt der Beitrag von *Katrin Toens*. Sie stellt sich die Frage, wie der Prozess überhaupt zum Laufen kam, der mit dem Treffen von vier Bildungsministern in Paris an der Sorbonne-Universität 1998 seinen Anfang nahm und dann gleich einem Urknall eine Kette von Reaktionen und Entwicklungen in Gang setzte, die – im Nachhinein betrachtet – unaufhaltsam gewesen zu sein scheint. Mittlerweile ist fast das ganze geographische Europa beteiligt; insgesamt sind es derzeit 46 Staaten. Welche – raffiniert kalkulierte oder auch strategisch unbeabsichtigte? – Mechanismen oder Konstellationen riefen diese Kettenreaktionen hervor? Aus deutscher Perspektive interessiert hier insbesondere das Wechselspiel zwischen Bund und Ländern. An der Entstehung der Sorbonne-Erklärung selbst waren die Bundesländer nicht involviert. War dies das Kalkül des Bundes, um hier – vielleicht zermürbt von den komplizierten föderalen Abstimmungsprozessen – das Gesetz des Handelns wieder zu erlangen und wichtige Weichen in der Hochschulpolitik zu stellen? Gestufte Studienstrukturen sind ja nicht erst seit zehn, sondern seit bereits 40 Jahren ein politisches Anliegen.<sup>2</sup> Bot sich hier eine Chance, über den europäischen Weg, angestoßen vom „Sorbonne-Quartett“ der Bildungsminister, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Deutschlands, alte wie auch neue Reformziele durchzusetzen?

---

<sup>2</sup> Siehe Wissenschaftsrat 1966: Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen. Köln. Vgl. Wex, Peter 2005: Bachelor und Master. Die Grundlagen des neuen Studiensystems in Deutschland. Ein Handbuch. Berlin: Duncker & Humblot, S. 71ff.

Stellt „Bologna“ nun eine neue Dimension der europäischen Hochschulpolitik oder doch nur eine Fortsetzung der alten Politikstrukturen und -mechanismen dar? Der Wandel der Hochschulpolitik in den Ländern Europas betrifft nicht nur Inhalte, sondern auch und vor allem Akteure und Formen der Entscheidungsfindung. Dieser These geht Alexander Nagel nach, wenn er den politischen Prozess bei der Erstellung der Kommuniqués untersucht. Während Katrin Toens ihr Augenmerk auf die Anfangsphase des Prozesses richtet, beleuchtet *Alexander Nagel* die bereits entwickelte Konfiguration von Akteuren, ihren Interessen und Einflussmöglichkeiten im Bologna-Prozess. Mit Hilfe von Netzwerkanalysen untersucht er empirisch die Frage, welche Akteure auf welchen Kanälen mitwirkten, welche Beziehungen sich herauskristallisierten und wie stark ihr Einfluss auf die Entscheidungen war. Im Zentrum stehen hier insbesondere die bereits genannten „E-Verbände“ ESIB, EUA etc. Neu an dem Prozess ist, dass viele nicht-ministerielle Gruppen, wie Hochschulen, Studierende und Qualitätssicherungseinrichtungen, jeweils europäisch organisiert, partizipierten; doch offen ist die Frage, ob diese tatsächlich auch Einfluss auf die Entscheidungen hatten oder ob nicht am Ende doch allein die staatlichen Akteure bestimmten. Liegt hier also eine stärkere Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen oder gar eine gewisse Entstaatlichung der Hochschulpolitik vor und ist hier doch „nur“ der herkömmliche Etablismus im neuen europäischen, also intergouvernementalen Gewand zu konstatieren?

Behandeln diese ersten drei Beiträge Fragen des politischen (Bologna-)Prozesses, setzt sich der nachfolgende Beitrag von *Roland Bloch* mit der Reform des Studiensystems auseinander. Gerne wird kritisiert, dass die Debatte um die Studienreform die Studierenden vergisst und nicht die Konsequenzen der Reformen für die Betroffenen in den Blick nimmt. In seiner explorativen Untersuchung geht Roland Bloch der Frage nach, mit welchem Studierendentypus „das neue Studieren“ unter „Bologna-Bedingungen“ kon- bzw. divergiert. Zwei Komponenten, die das alte vom neuen Studieren unterscheidet, fallen hier besonders auf: erstens die Organisiertheit des Studiums (die im „neuen Studium“ bis hin zum vollends durchgeplanten studentischen Alltag führen kann) und zweitens die Rolle des versteckten Lehrplans (hidden curriculum), dessen zu erwerbende Kompetenzen sich (mal mehr, mal weniger offensichtlich) hinter den formalen Studienbeschreibungen verbergen.

Schließlich nehme ich in meinem eigenen Beitrag das bundesdeutsche Akkreditierungssystem in den Fokus. So wie das deutsche Akkreditierungssystem ausgestaltet ist, handelt es sich weder um eine zwangsläufige und direkte Umsetzung der Bologna-Erklärungen, noch ist es in seiner Form unabwendbar. Sondern es ist eine (umstrittene) Antwort, wie mit dem Problem der Qualitätssicherung von Studium und Lehre umgegangen werden kann. Dieser Text ist denn auch stärker normativ ausgerichtet. Seit einigen Monaten findet eine Debatte um die Weiterentwicklung des Akkreditierungssystems statt. Ich ziehe zum einen eine Zwischenbilanz zur derzeit praktizierten Programm-Akkreditierung (also der Überprüfung und Zertifizierung von Studiengängen) und zum anderen erörtere ich Alternativen zu diesem bestehenden Verfahren. Mit diesem Beitrag zu einem akuten Problem wäre der Bogen von Analysen aus Politikwissenschaft und Hochschulforschung hin zu einer Experten-Diskussion um Gegenwart und Zukunft des Studiensystems und seiner Qualitätssicherung gespannt. Von der Grundlagenforschung bis in die konkrete (Reform-)Praxis – in diesem Spannungsbogen liegt auch der besondere Reiz der Hochschulforschung.